

Skript Schuldrecht AT 2

Bearbeitet von
und Dr. Jan Stefan Lüdde, Rechtsanwalt und Repetitor

22. Auflage 2018. Buch. 288 S. Kartoniert
ISBN 978 3 86752 597 8
Format (B x L): 19,5 x 24,9 cm

[Recht > Zivilrecht > BGB Allgemeines Schuldrecht](#)

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei


DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

SCHULDRECHT AT 2

2018

Dr. Tobias Wirtz
Rechtsanwalt und Repetitor

Dr. Jan Stefan Lüdde
Rechtsanwalt und Repetitor

ALPMANN UND SCHMIDT Juristische Lehrgänge Verlagsges. mbH & Co. KG
48143 Münster, Alter Fischmarkt 8, 48001 Postfach 1169, Telefon (0251) 98109-0
AS-Online: www.alpmann-schmidt.de



Zitiervorschlag: Wirtz/Lüdde, Schuldrecht AT 2, Rn.

Dr. Wirtz, Tobias
Dr. Lüdde, Jan Stefan

Schuldrecht AT 2
22., neu bearbeitete Auflage 2018
ISBN: 978-3-86752-597-8

Verlag Alpmann und Schmidt Juristische Lehrgänge
Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, Münster

Die Vervielfältigung, insbesondere das Fotokopieren,
ist nicht gestattet (§§ 53, 54 UrhG) und strafbar (§ 106 UrhG).
Im Fall der Zuwiderhandlung wird Strafantrag gestellt.

Unterstützen Sie uns bei der Weiterentwicklung unserer Produkte.
Wir freuen uns über Anregungen, Wünsche, Lob oder Kritik an:

feedback@alpmann-schmidt.de.



INHALTSVERZEICHNIS

1. Teil: Einwendungen, Einreden	1
1. Abschnitt: Erfüllung, Leistung an Erfüllung statt und erfüllungshalber	1
A. Erfüllung	1
I. Realer Tilgungsakt	1
II. Bedeutung der Tilgungsbestimmung bei der Erfüllung	3
Fall 1: Kaufpreiszahlung an Minderjährigen	4
III. Erfüllung bei Forderungsmehrheit	5
IV. Schuldbeitragende Leistung an einen Dritten oder durch einen Dritten	6
V. Verpflichtungen des Gläubigers	7
VI. Zahlungen unter Vorbehalt	7
B. Leistung an Erfüllung statt und erfüllungshalber	7
I. Leistung an Erfüllung statt	7
Fall 2: Inzahlunggabe eines Gebrauchtwagens	8
II. Leistung erfüllungshalber	10
■ Zusammenfassende Übersicht: Erfüllung	11
2. Abschnitt: Hinterlegung und Selbsthilfeverkauf	12
A. Hinterlegung, §§ 372 ff.	12
I. Voraussetzungen	12
II. Wirkungen	12
B. Selbsthilfeverkauf	12
3. Abschnitt: Aufrechnung, Aufrechnungsvertrag, Anrechnung	13
A. Aufrechnung	13
I. Aufrechnungslage	14
1. Gegenseitigkeit der Forderungen	14
2. Gleichartigkeit der Forderungen	14
3. Erfüllbarkeit der Hauptforderung	15
4. Durchsetzbarkeit der Gegenforderung	16
II. Aufrechnungserklärung	16
III. Kein Ausschluss der Aufrechnung	16
1. Ausschluss kraft Gesetzes	16
2. Ausschluss kraft Vereinbarung	18
IV. Wirkungen der Aufrechnung	18
1. Erlöschen der Forderungen mit Rückwirkung	18
2. Aufrechnung und Rechtskraft	18
B. Aufrechnungsvertrag	19
C. Anrechnung	19
■ Zusammenfassende Übersicht: Aufrechnung, §§ 387 ff.	20

4. Abschnitt: Erlassvertrag und negatives Schuldanerkenntnis	21
A. Erlassvertrag	21
B. Negatives Schuldanerkenntnis	21
5. Abschnitt: Rücktritt vom Vertrag	22
A. Voraussetzungen des Rücktritts	23
I. Rücktrittsrecht	23
1. Vertragliches Rücktrittsrecht	23
2. Gesetzliches Rücktrittsrecht	23
a) Rücktrittsrecht, § 323	24
aa) Verletzung einer Leistungspflicht i.S.d. § 323 Abs. 1	24
bb) Angemessene Fristsetzung	25
cc) Entbehrlichkeit der Fristsetzung	25
dd) Kein Ausschluss des Rücktritts	26
b) Rücktrittsrecht, § 324	27
c) Rücktrittsrecht, § 326 Abs. 5	27
d) Rücktrittsrecht, § 313 Abs. 3 S. 1	27
II. Unwirksamkeit des Rücktritts und Erlöschen des Rücktrittsrechts	27
1. Unwirksamkeit gemäß § 218 Abs. 1 (Quasiverjährung)	27
2. Rücktritt gegen Reuegeld	28
3. Aufrechnung nach Nichterfüllung	28
4. Erlöschen des Rücktrittsrechts nach Fristsetzung	28
III. Rücktrittserklärung	28
B. Rechtsfolgen des Rücktritts	29
I. Rückgewähr empfangener Leistungen	29
1. Rückabwicklungskosten	29
2. Erfüllungsort	29
3. Rücknahmeanspruch	30
II. Wertersatzanspruch nach § 346 Abs. 2	30
1. Wertersatz nach § 346 Abs. 2 S. 1 Nr. 1	30
2. Wertersatz nach § 346 Abs. 2 S. 1 Nr. 2	30
3. Wertersatz nach § 346 Abs. 2 S. 1 Nr. 3	31
4. Berechnung des Wertes	31
III. Ausschluss der Wertersatzpflicht	31
1. Ausschluss nach § 346 Abs. 3 S. 1 Nr. 1	32
2. Ausschluss nach § 346 Abs. 3 S. 1 Nr. 2	32
3. Ausschlussgrund des § 346 Abs. 3 S. 1 Nr. 3	32
Fall 3: Sonntagsausflug mit Schaden	33
IV. Schadensersatzansprüche	34
1. Untergang oder Verschlechterung nach Rücktrittserklärung	35
2. Untergang oder Verschlechterung vor Rücktrittserklärung	35
a) Untergang oder Verschlechterung bei einem vertraglichen Rücktrittsrecht	35

b) Untergang oder Verschlechterung bei einem gesetzlichen Rücktrittsrecht	36
V. Nutzungsersatzansprüche	36
VI. Verwendungsersatzansprüche	36
VII. Herausgabe des Surrogats	37
C. Verjährung	37
■ Zusammenfassende Übersicht: Rücktritt	38
6. Abschnitt: Kündigung von Dauerschuldverhältnissen	40
A. Kündigungsgrund	40
I. Keine vorrangige Spezialregelung	40
II. Wichtiger Grund	41
III. Fristsetzung zur Abhilfe oder Abmahnung	42
IV. Kein Ausschluss des Kündigungsrechts	42
B. Kündigungserklärung	42
C. Rechtsfolgen der Kündigung	42
7. Abschnitt: Einreden	43
A. Einrede aus § 320	44
I. Voraussetzungen	44
1. Geltendmachung eines Anspruchs aus gegenseitigem Vertrag durch den Gläubiger	44
2. Fälliger durchsetzbarer Gegenanspruch im Gegenseitigkeitsverhältnis	45
Fall 4: Die letzte Kaufpreiskrate	46
3. Vertragstreue des Schuldners	47
II. Rechtsfolgen	47
III. Verhältnis zur Rücktrittseinrede aus § 438 Abs. 4	48
B. Einrede gemäß § 273 Abs. 1	48
I. Voraussetzungen	48
1. Gegenseitige Ansprüche	48
2. Fälliger und durchsetzbarer Gegenanspruch	49
3. Konnexität	49
II. Kein Ausschluss des Zurückbehaltungsrechts	50
Fall 5: Offene Rechnung	50
III. Rechtsfolgen	51
C. Sonderfälle des Zurückbehaltungsrechts	53
D. Unzulässige Rechtsausübung gemäß § 242	53
2. Teil: Störung der Geschäftsgrundlage, § 313	55
1. Abschnitt: Anwendbarkeit	56
A. Vorrang vertraglicher Vereinbarungen	56
B. Vorrangige Spezialregelungen	56

C. Verhältnis zur Anfechtung	56
D. Verhältnis zu § 275	57
E. Verhältnis zu § 812 Abs. 1 S. 2 Alt. 2	58
2. Abschnitt: Voraussetzungen	59
A. Störung der Geschäftsgrundlage (§ 313 Abs. 1)	59
I. Bestimmte Umstände sind zur Grundlage des Vertrags geworden	59
II. Schwerwiegende Änderung	60
III. Festhalten am unveränderten Vertrag unzumutbar	60
Fall 6: Kaltes Café	61
B. Störung der anfänglichen (subjektiven) Geschäftsgrundlage	62
3. Abschnitt: Rechtsfolgen	62
A. Vertragsanpassung	62
B. Rücktritt vom Vertrag	63
C. Kündigung des Vertrags	63
4. Abschnitt: Typische Anwendungsfälle des § 313	63
A. Zweckstörung	63
Fall 7: De Zoch kütt – nicht	63
B. Äquivalenzstörung	66
Fall 8: Bisschen Schwund ist immer	66
C. Gemeinsamer Irrtum	68
I. „Offener“ (externer) Kalkulationsirrtum	68
II. Irrtum über künftige Umstände	69
Fall 9: Billiger Bauernhof	69
D. Leasing	70
Fall 10: Mangelhafter Mazda	70
■ Zusammenfassende Übersicht: Störung der Geschäftsgrundlage, § 313	73
3. Teil: Verbraucherschutz	74
1. Abschnitt: Grundbegriffe des Verbraucherrechts	75
A. Verbraucher	75
I. Natürliche Person	75
1. Einordnung von OHG, KG und Partnerschaftsgesellschaften	75
2. Einordnung von GbR und Wohnungseigentümergeinschaft	75
II. Zweck des Rechtsgeschäfts	76
1. Maßgebliche Kriterien für die Zuordnung der Zweckbestimmung	76
2. Maßgeblicher Zeitpunkt für die Zuordnung des Zwecks	77
3. Beweislast	77
III. Problemfälle der Abgrenzung	77
1. Existenzgründer	77
2. Doppelte Zweckbestimmung („dual use“)	78

3. Arbeitnehmer als Verbraucher	78
4. Gesellschafter und Geschäftsführer einer GmbH	79
5. Vertretung des Verbrauchers durch einen Unternehmer	79
B. Unternehmer	79
I. Natürliche oder juristische Person in Ausübung ihrer gewerblichen oder selbstständigen beruflichen Tätigkeit	79
II. Rechtsfähige Personengesellschaft in Ausübung ihrer gewerblichen oder selbstständigen beruflichen Tätigkeit	80
2. Abschnitt: Anwendungsbereich und Grundsätze des Verbraucherrechts	81
A. Anwendungsbereich der §§ 312 ff.	81
I. Verbraucherverträge i.S.d. § 312 Abs. 1	81
II. Ausnahmetatbestände	82
1. Ausnahmen nach Abs. 2	82
2. Ausnahmen nach Abs. 3–6	82
B. Grundsätze bei Verbraucherverträgen	83
I. Informationspflichten bei telefonischer Kontaktaufnahme	83
II. Informationspflichten für den stationären Handel	83
III. Grenzen der Vereinbarung von Entgelten	84
1. Entgelte für Nebenleistungen	84
2. Entgelte für die Nutzung bestimmter Zahlungsmittel	85
3. Entgelte für telefonische Auskünfte zur Vertragsabwicklung	86
4. Keine Unwirksamkeit des Vertrages im Übrigen	86
3. Abschnitt: Außerhalb von Geschäftsräumen geschlossene Verträge und Fernabsatzverträge	87
A. Außerhalb von Geschäftsräumen geschlossene Verträge	87
I. Schutzzweck	87
II. Anwendungsbereich	88
1. Verbrauchervertrag gemäß § 312 Abs. 1	88
2. Ausnahmetatbestände	88
III. Besondere Voraussetzungen gemäß § 312 b	88
1. Geschäftsräume	88
2. Vertragsschluss außerhalb von Geschäftsräumen	89
3. Vertragsangebot des Verbrauchers außerhalb von Geschäftsräumen	89
4. Vertragsschluss nach persönlicher Ansprache des Verbrauchers	90
5. Vertragsschluss auf einem Ausflug	90
IV. Besonderer Gerichtsstand für Außergeschäftsraumverträge	90
B. Fernabsatzverträge	91
I. Schutzzweck	91
II. Anwendungsbereich	92
1. Verbrauchervertrag gemäß § 312 Abs. 1	92
2. Ausnahmetatbestände	92

III. Besondere Voraussetzungen gemäß § 312 c	93
1. Ausschließliche Verwendung von Fernkommunikationsmitteln	93
2. Organisiertes Vertriebs- oder Dienstleistungssystem	94
IV. Konkurrenzen	94
C. Informations- und Dokumentationspflichten für Außergeschäftsraum- verträge und Fernabsatzverträge	95
I. Informationspflichten des Unternehmers i.V.m. Art. 246 a EGBGB	95
1. Inhalt der Informationen	95
2. Formale Anforderungen	96
II. Informationspflichten des Unternehmers i.V.m. Art. 246 b EGBGB	97
1. Inhalt der Informationen	97
2. Formale Anforderungen	97
III. Dokumentationspflichten gemäß § 312 f	98
1. Dokumentationspflichten für Außergeschäftsraumverträge	98
2. Dokumentationspflichten für Fernabsatzverträge	99
3. Dokumentationspflichten für digitale Daten	99
IV. Sanktionen bei Verletzung der Informations- oder Dokumentations- pflichten	100
1. Verletzung der Informationspflichten gemäß § 312 d Abs. 1 und 2	100
2. Verletzung der Dokumentationspflichten gemäß § 312 f	101
D. Einräumung eines Widerrufsrechts gemäß § 312 g	101
E. Widerruf eines neuen nach Kündigung eines bestehenden Dauerschuldverhältnisses, § 312 h	102
I. Zweck der Regelung	103
II. Fallgruppen und Rechtsfolgen	103
4. Abschnitt: Besondere Regelungen für den elektronischen Geschäfts- verkehr	103
A. Schutzzweck	104
B. Vertrag im elektronischen Geschäftsverkehr	104
C. Allgemeine Pflichten des Unternehmers im elektronischen Geschäfts- verkehr, § 312 i	105
I. Anwendungsbereich	105
II. Pflichten des Unternehmers gemäß § 312 i Abs. 1	106
1. Zurverfügungstellung von Korrekturmöglichkeiten	106
2. Informationspflichten i.V.m. Art. 246 c EGBGB	106
3. Zugangsbestätigung	106
Fall 11: Preisbrecher	107
4. Verschaffung einer Abruf- und Speicherungsmöglichkeit	110
III. Ausnahmen und Abdingbarkeit	110
1. Ausnahmen	110
2. Abdingbarkeit	111
IV. Rechtsfolgen der Verletzung der Pflichten aus § 312 i Abs. 1	111
1. Anfechtung	111

2. Schadensersatz- und Unterlassungsansprüche	111
3. Kein Hinausschieben des Beginns der Widerrufsfrist	112
V. Weitergehende Informationspflichten	112
D. Besondere Pflichten des Unternehmers im elektronischen Geschäfts- verkehr mit Verbrauchern, § 312 j	112
I. Anwendungsbereich	112
II. Pflichten des Unternehmers gemäß § 312 j Abs. 1	112
III. Informationspflichten gemäß § 312 j Abs. 2	113
1. Inhalt der Information	113
2. Formale Anforderungen	113
IV. Anforderungen an die Bestellsituation gemäß § 312 j Abs. 3 und Rechtsfolge bei Nichtbeachtung nach § 312 j Abs. 4	114
1. Anforderungen an die Bestellsituation	114
2. Rechtsfolge bei Nichtbeachtung der Anforderungen	115
V. Ausnahmen gemäß § 312 j Abs. 5	115
5. Abschnitt: Widerrufsrecht bei Verbraucherverträgen	116
A. Schutzzweck und Struktur	116
B. Anwendungsbereich	116
Fall 12: Bereute Bürgschaft	117
C. Widerrufserklärung	118
D. Widerrufsfrist	120
E. Rechtsfolgen des Widerrufs	122
I. Allgemeine Regelungen	123
II. Besondere Regelungen für Außergeschäftsraumverträge und Fernabsatzverträge	123
1. Rückgewähr der Leistungen	123
2. Rückgewähr der Lieferkosten	124
3. Rückzahlung mit demselben Zahlungsmittel	124
4. Zurückbehaltungsrecht beim Verbrauchsgüterkauf	124
5. Kosten der Rücksendung	125
6. Wertersatzanspruch des Unternehmers	126
a) Wertersatz bei Waren	126
b) Wertersatz bei Dienstleistungen und Energielieferungen	127
III. Besondere Regelungen für Verträge über Finanzdienstleistungen	128
1. Rückgewähr der Leistungen	128
2. Wertersatz bei Außergeschäftsraum- und Fernabsatzverträgen	128
3. Wertersatz bei Verbraucherdarlehensverträgen	129
IV. Besondere Regelungen für Teilzeit-Wohnrechteverträge sowie für Verträge über ein langfristiges Urlaubsprodukt, Vermittlungsverträge und Tauschsystemverträge	129
V. Besondere Regelungen für Ratenlieferungsverträge	130
VI. Besondere Regelungen für Verbraucherbauverträge	130

VII. Weitergehende Ansprüche und abweichende Vereinbarungen	131
Fall 13: Doppelt hält besser	131
6. Abschnitt: Verbundene Verträge	135
A. Voraussetzungen	136
I. Finanzierungszweck	136
II. Wirtschaftliche Einheit	136
1. Allgemeine Voraussetzungen	136
2. Besondere Voraussetzungen für Immobiliendarlehensverträge	137
B. Rechtsfolgen	138
I. Widerrufsdurchgriff	138
1. Widerruf des finanzierten Vertrags, § 358 Abs. 1	138
2. Widerruf des Darlehensvertrags, § 358 Abs. 2	138
Fall 14: Knapp daneben	139
3. Rechtsfolgen des § 358 Abs. 4 S. 5	141
II. Einwendungs- und Rückforderungsdurchgriff	143
Fall 15: Klammer Käufer	143
III. Einschränkungen für den Erwerb von Finanzinstrumenten	146
IV. Entsprechende Anwendung auf zusammenhängende Verträge	146
1. Voraussetzungen	146
a) Allgemeine Voraussetzungen	146
b) Ergänzung für Darlehensverträge	147
2. Rechtsfolge	147
■ Zusammenfassende Übersicht: Verbraucherschutz	149
 4. Teil: Beteiligung Dritter an Schuldverhältnissen	 151
1. Abschnitt: Vertrag zugunsten Dritter, §§ 328 ff.	151
A. Rechtsverhältnisse zwischen den Beteiligten	152
I. Deckungsverhältnis	152
1. Eigenes Forderungsrecht des Dritten	152
2. Zeitpunkt des Rechtserwerbs	153
3. Widerrufsmöglichkeit	154
II. Valutaverhältnis	154
III. Vollzugsverhältnis	154
B. Leistungsstörungen	155
I. Rechte des Dritten	155
II. Rechte des Versprechensempfängers	155
III. Rechte des Versprechenden	156
C. Einwendungen des Versprechenden, § 334	156
D. Bereicherungsrechtliche Rückabwicklung	157
E. Vertrag zugunsten Dritter auf den Todesfall, §§ 328, 331	158
Fall 16: Lebensversicherung für die Geliebte	159

F. Abgrenzung	163
I. Stellvertretung	163
II. Abtretung	163
III. Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter	163
G. Verfügung zugunsten Dritter	163
I. Dingliche Verfügungsgeschäfte	164
II. Schuldrechtliche Verfügungsgeschäfte	164
■ Zusammenfassende Übersicht: Vertrag zugunsten Dritter	166
2. Abschnitt: Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter	167
A. Voraussetzungen	168
I. Leistungsnähe	168
II. Einbeziehungsinteresse des Gläubigers	169
III. Erkennbarkeit für den Schuldner	170
IV. Schutzbedürftigkeit des Dritten	170
Fall 17: Pferdegutachten	171
B. Rechtsfolgen	175
Fall 18: Unverschlossene Rauchrohröffnung	175
■ Zusammenfassende Übersicht: Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter	178
3. Abschnitt: Drittschadensliquidation	179
A. Tatbestand und Fallgruppen	179
I. Obligatorische Gefahrentlastung	180
1. Versendungskauf, § 447 Abs. 1	180
2. Werkuntergang vor Abnahme, § 644 Abs. 1 S. 1	181
3. Vereinbarung zwischen Gläubiger und Drittem	182
4. Vermächtnis	182
II. Verdeckte (mittelbare) „Stellvertretung“	182
III. Treuhandverhältnisse	183
IV. Obhutsfälle	183
B. Rechtsfolge und Prüfungsaufbau	184
C. Abgrenzung Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter und Drittschadensliquidation	185
■ Zusammenfassende Übersicht: Drittschadensliquidation	186
4. Abschnitt: Abtretung, Sicherungsabtretung, cessio legis	187
A. Abtretung (Zession), §§ 398 ff.	188
I. Voraussetzungen, § 398 S. 1	188
1. Einigung (Abtretungsvertrag)	188
a) Grundsatz der Formfreiheit	188
b) Bestimmbarkeit	188
c) Keine Nichtigkeitsgründe, insbes. § 134	189
2. Kein Publizitätsakt	191

3. Berechtigung	191
a) Zedent ist Forderungsinhaber	191
b) Keine Verfügungsbeschränkung und kein Verfügungsverbot	192
aa) Allgemeine Regelungen für alle Gegenstände	192
bb) Spezielle Regelungen für Forderungen	192
c) Ermächtigung kraft Gesetz oder gemäß § 185 Abs. 1	194
d) Überwindung der fehlenden Berechtigung, §§ 185 Abs. 2 und 405	194
II. Rechtsfolgen	195
1. Forderung geht auf Zessionar über (Gläubigerwechsel), § 398 S. 2	195
2. Leistungsstörungen	195
3. Übergang von Neben- und Vorzugsrechten, § 401	196
4. Schutz des Schuldners	196
a) Einwendungen und Einreden des Schuldners, § 404	196
b) Aufrechnung gegenüber dem Zessionar, § 406	197
c) Rechtshandlungen gegenüber dem Zedenten, § 407 Abs. 1	199
Fall 19: Der nichtsahnende Schuldner	199
d) Wirkung rechtskräftiger Urteile, § 407 Abs. 2 u. §§ 265, 325 ZPO	201
e) Erweiterter Schuldnerschutz nach § 354 a Abs. 1 S. 2 HGB	201
f) Mehrfache Abtretung/Überweisung, §§ 408, 407	202
g) Abtretungsanzeige, § 409	202
B. Einziehung der Forderung durch Dritte	203
C. Inkassozeession und Factoring	203
D. Gesetzlicher Forderungsübergang (cessio legis)	204
E. Sicherungsabtretung (Sicherungszeession)	205
I. Beteiligte Personen und Rechtsverhältnisse	206
II. Sicherungsvertrag	207
1. Mindestinhalt	207
2. Ermessensunabhängiger Freigabeanspruch bei nachträglicher Übersicherung	208
a) Nachträgliche Übersicherung	208
b) Unwirksamkeit entgegenstehender AGB, § 307	209
III. Unwirksamkeit der Sicherungsabtretung nach § 138 Abs. 1	210
1. Anfängliche Übersicherung	210
2. Knebelung	211
3. Verleitung zum Vertragsbruch	211
Fall 20: Kollision von Globalzeession und verlängertem Eigentums- vorbehalt	212
■ Zusammenfassende Übersicht: Abtretung	215

5. Abschnitt: Schuld-, Erfüllungs- und Vertragsübernahme	217
A. Schuldübernahme	217
I. Privative (befreiende) Schuldübernahme, §§ 414–418	217
1. Voraussetzungen	217
a) Vertrag zwischen Gläubiger und neuem Schuldner, § 414	218
b) Genehmigter Vertrag zwischen altem und neuem Schuldner, §§ 415, 416	218
2. Rechtsfolgen	219
3. Einwendungen und Einreden	220
4. Gestaltungsrechte	221
II. Schuldbeitritt/kumulative Schuldübernahme	222
1. Abgrenzung: Schuldbeitritt, Bürgschaft oder eigene Schuld	222
2. Voraussetzungen	223
3. Rechtsfolge	224
B. Erfüllungsübernahme	224
C. Vertragsübernahme	225
I. Rechtsgeschäftliche Vertragsübernahme	225
II. Gesetzliche Vertragsübernahme	226
■ Zusammenfassende Übersicht: Privative (befreiende) Schuldübernahme, §§ 414 ff.	227
 5. Teil: Mehrheit von Gläubigern und Schuldern	228
1. Abschnitt: Gläubigermehrheiten	228
A. Teilgläubigerschaft, § 420 Var. 2	228
B. Gesamtgläubigerschaft, § 428	229
C. Gemeinschaftliche Gläubigerschaft, § 432	230
2. Abschnitt: Schuldnermehrheiten	231
A. Teilschuldnerschaft, § 420 Var. 1	231
B. Gemeinschaftliche Schuldnerschaft	232
Fall 21: Gerechtigkeit für alle	232
C. Gesamtschuldnerschaft, §§ 421 ff.	233
I. Entstehen der Gesamtschuld durch Gesetz oder Vertrag	234
II. Entstehen der Gesamtschuld in sonstigen Fällen, § 421 S. 1	234
1. Schulden mehrere	234
2. Eine Leistung	235
3. Jeder die ganze Leistung	235
4. Gläubiger ist nur einmal forderungsberechtigt	235
5. Gleichstufigkeit (h.M.)	236
a) Nicht: bei der cessio legis	236
b) Nicht: in den Fällen des § 255	237
c) Gleichstufigkeit nicht erforderlich (a.A.)	238

III. Rechtsfolgen	238
1. Außenverhältnis zwischen Gläubiger und Gesamtschuldnern	238
2. Innenverhältnis zwischen den einzelnen Gesamtschuldnern	240
a) Selbstständiger Ausgleichsanspruch, § 426 Abs. 1 S. 1	241
aa) Höhe des Anspruchs	241
bb) Grundsatz: Teilschuldner; Ausnahme: Haftungseinheit	242
b) Forderungsübergang, § 426 Abs. 2	243
Fall 22: Tückische Verjährung	244
3. Sonderfall: Ausgleich zwischen Mitbürgen, §§ 774 Abs. 2, 426	246
Fall 23: Wenn Bürgen Bürgen würgen	246
4. Sonderfall: Ausgleich zwischen einem Bürgen und einem anderen Sicherungsgeber	248
a) Bürgschaft und akzessorische Sicherheit: Wettlauf der Sicherungsgeber	248
b) Bürgschaft und abstrakte Sicherheit: Stillstand der Sicherungs- geber	249
c) Anteiliger Ausgleich nach abstraktem Haftungsrisiko	249
IV. Gestörte Gesamtschuld	250
1. Lösungsmodelle	251
2. Wahl des Lösungsmodells nach den schutzwürdigen Interessen	252
a) Vertragliche Haftungsbeschränkungen	252
Fall 24: Die dachlose Jugendherberge	253
b) Gesetzliche Haftungsbeschränkungen	256
aa) Unfallversicherung und Arbeitnehmerhaftung	256
Fall 25: Der Sturz vom Baugerüst	257
bb) Haftung für eigenübliche Sorgfalt i.S.d. § 277	259
Fall 26: Kinderspielplatz	260
■ Zusammenfassende Übersicht: Gesamtschuld	263
Stichwortverzeichnis	265

LITERATURVERZEICHNIS



Verweise in den Fußnoten auf „RÜ“ und „RÜ2“ beziehen sich auf die Ausbildungszeitschriften von Alpmann Schmidt. Dort werden Urteile so dargestellt, wie sie in den Examensklausuren geprüft werden: in der RechtsprechungsÜbersicht als Gutachten und in der RechtsprechungsÜbersicht 2 als Urteil/Behördenbescheid/Anwaltsschriftsatz etc.

RÜ-Leser wussten mehr: Immer wieder orientieren sich Examensklausuren an Gerichtsentscheidungen, die zuvor in der RÜ klausurmäßig aufbereitet wurden. Die aktuellsten RÜ-Treffer aus ganz Deutschland finden Sie auf unserer Homepage.

Abonnenten haben Zugriff auf unser digitales RÜ-Archiv.

Bamberger/Roth	Beck'scher Online-Kommentar 44. Edition 01.11.2017 (zitiert: BeckOK BGB/Bearbeiter)
Baumbach/Hopt	Handelsgesetzbuch 38. Auflage 2018 (zitiert: Baumbach/Hopt/Bearbeiter)
Brox/Walker	Allgemeines Schuldrecht 42. Auflage 2018 (zitiert: Brox/Walker)
Erman	Handkommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch 1. Band: §§ 1–758 BGB 15. Auflage 2017 (zitiert: Erman/Bearbeiter)
Handkommentar BGB	Kommentar zum BGB 9. Auflage 2016 (zitiert: Hk-BGB/Bearbeiter)
Heck	Grundriss des Schuldrechts 1929 (zitiert: Heck)
Jauernig	Bürgerliches Gesetzbuch 16. Auflage 2015 (zitiert: Jauernig/Bearbeiter)
Looschelders	Schuldrecht AT 15. Auflage 2017 (zitiert: Looschelders)

Medicus/Lorenz	Schuldrecht, I.: Allgemeiner Teil 21. Auflage 2015 (zitiert: Medicus/Lorenz)
Medicus/Petersen	Bürgerliches Recht 26. Auflage 2017 (zitiert: Medicus/Petersen)
Münchener Kommentar	Band 1: BGB AT 7. Auflage 2015 Band 2: Schuldrecht Allgemeiner Teil (§§ 241–432 BGB) 7. Auflage 2016 Band 6: Schuldrecht Besonderer Teil (§§ 705–853) 7. Auflage 2017 (zitiert: MünchKomm/Bearbeiter)
Palandt	Bürgerliches Gesetzbuch 77. Auflage 2018 (zitiert: Palandt/Bearbeiter)
Staudinger, J. v.	Staudingers Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch mit Einführungsgesetz und Nebengesetzen, Buch 1: Allgemeiner Teil, §§ 164–240 (2014) Buch 2: Recht der Schuldverhältnisse, §§ 241–243 BGB (2015) §§ 249–255 BGB (2017) §§ 255–304 BGB (2014) §§ 328–359 BGB (2015) §§ 397–432 BGB (2017) Eckpfeiler des Zivilrechts (2014) (zitiert: Staudinger/Bearbeiter)
Westermann/Bydlinski/Weber	Schuldrecht AT 8. Auflage 2014 (zitiert: Westermann/Bydlinski/Weber)
Zöllner	ZPO 32. Auflage 2018 (zitiert: Zöllner/Bearbeiter)